

## **Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben am 17.01.2019**

### **Zu TOP : 3.1**

#### **Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer in der Hansestadt Stralsund (Übernachtungssteuersatzung)**

##### **Vorlage: B 0048/2018**

Herr Schwarz beantragt Rederecht für Herrn Volkmann von der Industrie- und Handelskammer.

Herr Schwarz stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 7 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      1 Stimmenthaltung

Herr Fürst erläutert den Inhalt und den bisherigen Werdegang der Vorlage.

Im Namen der Industrie- und Handelskammer merkt Herr Volkmann an, dass diese einer Bettensteuer kritisch gegenüber steht. Herr Volkmann erklärt, warum rechtliche Bedenken bestehen. Herr Volkmann vermisst in der Vorlage den Erhebungsaufwand der Stadt und im Besonderen den für die Betriebe. Zudem wurde festgestellt, dass die Einnahmen aus der Bettensteuer nicht der Förderung der Tourismuswirtschaft zugutekommen sollen, sondern der Sicherung von zusätzlichen Einnahmequellen für den Haushalt der Stadt. Die IHK wirbt für ein Modell, in das Betriebe auf freiwilliger Basis einzahlen können, ähnlich wie in Rostock. Ein weiterer Grund, der gegen die Übernachtungssteuer spricht ist, dass sich im November 2018 die Landestourismuskonzeption geändert hat. Das Finanzausgleichsgesetz soll mittelfristig ebenfalls geändert werden. Dieses Jahr soll das Kurortegesetz geändert werden, welches in Verbindung mit Änderungen im Kommunalabgabengesetz kurzfristig eine Lösung bieten könnte.

Einen Auszug der Landestourismuskonzeption wird dem Protokoll beigefügt.

Herr Butter erfragt das Abstimmungsergebnis des Finanz- und Vergabeausschusses zu der Vorlage.

Außerdem informiert er, in Vertretung für die Fraktion Linke offene Liste, dass sie die Vorlage ablehnen werden.

Frau Lewing sagt, dass das Thema im Ausschuss für Finanzen und Vergabe kontrovers diskutiert wurde. Das Abstimmungsergebnis im Ausschuss für Finanzen und Vergabe ergab 3 Zustimmungen, 4 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen.

Auf die Nachfrage von Herrn Adomeit erläutert Frau Lewing, dass die Gründe für die Ablehnung unterschiedlich waren. Unter anderem wurden folgende Gründe genannt:

- Die CDU/FDP Fraktion möchte die Urteile zu anhängigen Gerichtsverfahren abwarten.
- Andere Fraktion finden das System im Grundsatz falsch und würden eine Fremdenverkehrsabgabe bevorzugen.

Herr Adomeit weist daraufhin, dass es in der Hotelbranche, vor einigen Jahren bereits eine Steuersenkung gab, hierbei wurde der Steuersatz von 19% auf 7% verringert.

Herr Volkmann geht noch einmal auf die freiwillige Abgabe in der Hansestadt Rostock ein und beschreibt einen mühsamen Prozess, der Zeit brauchte.

Herr Adomeit spricht sich für die Vorlage aus.

Herr Volkmann erläutert, dass es im Oktober 2018 gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und der DEHOGA MV e. V ein Treffen gab, bei dem über dieses Thema beraten wurde. Der Vorschlag einer freiwilligen Abgabe wurde in diesem Gespräch nicht negativ aufgefasst.

Auf die Nachfrage von Herrn Adomeit antwortet Herr Fürst, dass die Kurabgabe vor 4 Jahren entstanden ist.

Herr Schulz findet, dass die Verwaltung ihre Aufgabe sehr gut erfüllt hat. Er teilt mit, dass er bei seinen letzten Reisen immer eine Übernachtungssteuer oder eine Kurabgabe bezahlen musste.

Er sieht dem Konzept mit den freiwilligen Abgaben skeptisch entgegen.

Die Fraktion Bürger für Stralsund wird der Vorlage zustimmen.

Herr Ihlo ist der Auffassung, dass zu der Thematik etwas geschehen muss, er ist aber auch der Auffassung, dass es sich bei der vorliegenden Vorlage noch nicht um das Endprodukt handelt.

Laut Herrn Sobottka spricht sich der Seniorenbeirat für eine Abgabe aus, fordert aber, die Gelder in den Tourismus zu investieren. Auch die Anpassung auf einheitliche oder zumindest glatte Beträge die Abgabe betreffend wird angeregt.

Herr Volkmann merkt an, dass durch diese Art Steuer keine Zweckbindung erfolgen kann, weil dies im Kommunalabgabengesetz nicht vorgesehen ist. Er sieht einen hohen betrieblichen Aufwand für die Unternehmen.

Aus verschiedenen Gründen, wie zum Beispiel das Aufwand-Nutzenverhältnis oder die fehlende Zweckbindung, kann Herr Werner, in Vertretung seiner Fraktion, dieser Vorlage nicht zustimmen. Zudem ist er der Meinung, dass es mehr Tagesbesucher als Übernachtungsgäste in der Hansestadt gibt, welche die Infrastruktur, etc. nutzen. Diese zahlen keine Übernachtungssteuer. Einer Fremdenverkehrsabgabe könnte BÜNDNIS 90/Die Grünen eher zustimmen.

Herr Schwarz fasst zusammen, indem er darauf hinweist, dass die Hansestadt Stralsund durch diese Steuer keine Defizite im Haushalt ausgleichen möchte. Sie soll zum einen den Tourismus weiterhin fördern und zum anderen die Arbeitsplätze im Tourismusbereich sichern.

Durch die Steuer soll noch mehr in die Stadt investiert werden.

Gründe, den Alternativvorschlag von Frau Lewing (CDU/ FDP Fraktion) anzunehmen, wären unter anderem, dass man die Gerichtsurteile abwarten kann und weil das Land in diesem Jahr Maßnahmen ableiten möchte, welche die Kommunen berechtigen soll, rechtssicher weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Schwarz stellt den Antrag der CDU/FDP Fraktion auf die Verweisung der Vorlage zur Beratung in die Fraktionen zur Abstimmung:

Abstimmung: 3 Zustimmungen    5 Gegenstimmen    0 Stimmenthaltungen

Herr Butter fragt, ob es eine Übersicht gibt, welche Städte in Deutschland bereits eine Übernachtungssteuer erheben.

Herr Schwarz antwortet, dass es eine solche Übersicht nicht gibt. Er zählt einige Städte auf, die eine solche Steuer erheben, unter anderem Hamburg, Berlin, Dresden und Schwerin. Herr Schwarz teilt mit, dass andere Kommunen in der Regel einen Steuersatz von 5% erheben.

Er erläutert auch, dass eine Kurabgabe in der Hansestadt Stralsund problematisch ist, weil nur bestimmte Teile der Hansestadt Stralsund Kurort wären.

Herr Schwarz stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0048/2018 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen

Abstimmung: 3 Zustimmungen    4 Gegenstimmen    1 Enthaltung

Herr Schwarz schließt den Tagesordnungspunkt.

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 31.01.2019